



LIECHTENSTEIN

Secondary legislation

Verordnung vom 15. Dezember 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung)

[See below](#)

Ordinance of 15 December 2015 on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters (AEOI Ordinance)

[See below](#)

More information on the AEOI portal: <http://www.oecd.org/tax/automatic-exchange/crs-implementation-and-assistance/crs-by-jurisdiction/>

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2015

Nr. 358

ausgegeben am 21. Dezember 2015

Verordnung

vom 15. Dezember 2015

über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung)

Aufgrund von Art. 2 Abs. 2 und Art. 37 des Gesetzes vom 5. November 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), LGBL. 2015 Nr. 355, und in Durchführung des Abkommens vom 29. Januar 2013 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern (AStA), LGBL. 2013 Nr. 432, in der Fassung des Protokolls vom 17. Oktober 2016, LGBL. 2016 Nr. 522, verordnet die Regierung:¹

Art. 1

Gegenstand und Bezeichnungen

1) Diese Verordnung regelt in Ausführung des AIA-Gesetzes das Nähere über:

- a) die Partnerstaaten bzw. meldepflichtige Staaten (Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 Ziff. 24 des AIA-Gesetzes);
- a^{bis}) die teilnehmenden Staaten (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b und Abs. 2 des AIA-Gesetzes);²
- b) die nicht meldenden liechtensteinischen Finanzinstitute (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 12 iVm 14 des AIA-Gesetzes);
- c) die ausgenommenen Konten (Art. 2 Abs. 1 Ziff. 16 des AIA-Gesetzes).

2) Unter den in dieser Verordnung verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des männlichen und weiblichen Geschlechts zu verstehen.

Art. 2³

Partnerstaaten bzw. meldepflichtige Staaten

Die Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind in Anhang 1 aufgeführt.

Art. 2a⁴

Teilnehmende Staaten

Die teilnehmenden Staaten im Sinne des AIA-Gesetzes sind in Anhang 2 aufgeführt.

Art. 3

Nicht meldende liechtensteinische Finanzinstitute

Als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:

- a) eine Einrichtung, auf die die Vorschriften des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge oder des Pensionsfondsgesetzes Anwendung finden, sofern es sich bei der Einrichtung um einen Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung oder einen Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung handelt;⁵
- b) ein Investmentunternehmen, das als Organismus für gemeinsame Anlagen (OGA) der Aufsicht untersteht und die Voraussetzungen im anwendbaren Abkommen betreffend Beteiligungen am Organismus für gemeinsame Anlagen sowie betreffend Anteilsscheine, die als auf den Inhaber lautende Wertpapiere ausgestaltet sind, erfüllt;
- c) eine Verwaltungsgesellschaft eines Organismus für gemeinsame Anlagen, sofern diese keine Finanzkonten im Sinne des AIA-Gesetzes führt;
- d) Aufgehoben;⁶
- e) eine Vermögensverwaltungsgesellschaft im Sinne des Vermögensverwaltungsgesetzes;
- f) eine Stiftung, eine stiftungsähnliche Anstalt, ein stiftungsähnliches Treuunternehmen mit Persönlichkeit (Trust reg.) oder eine sonstige stiftungsähnliche Vermögensstruktur, soweit ein Mitglied des obersten Ver-

waltungsorgans ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut ist und sämtliche nach einem anwendbaren Abkommen und dem AIA-Gesetz zu meldenden Informationen zu sämtlichen meldepflichtigen Konten meldet.⁷

Art. 4

Ausgenommene Konten

- 1) Als ausgenommenes Konto im Sinne des AIA-Gesetzes gilt insbesondere:
- a) ein Konto zur Abwicklung von Tätigkeiten, bei dem die Anforderungen nach Art. 22b Abs. 4 der Sorgfaltspflichtverordnung erfüllt sind;⁸
 - b) nach Wahl des meldenden liechtensteinischen Finanzinstituts ein Konto, bei dem es sich nicht um einen Rentenversicherungsvertrag handelt und bei dem der Kontostand oder -wert zum Ende eines Kalenderjahres oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums oder zum Zeitpunkt der Kontoauflösung höchstens 1 000 Franken beträgt, sofern:⁹
 1. das Konto gemäss der von der Finanzmarktaufsicht anerkannten Richtlinie des Liechtensteinischen Bankenverbandes vom 8. Juli 1999 über die Behandlung nachrichtenloser Konti, Hefte, Depots und Schrankfächer bei liechtensteinischen Banken als nachrichtenlos gilt; oder
 2. bei anderen als in Ziff. 1 genannten Konten:
 - aa) der Kontoinhaber in den letzten drei Jahren keine Transaktion in Bezug auf dieses oder ein anderes seiner Konten beim meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut vorgenommen hat;
 - bb) der Kontoinhaber in den letzten sechs Jahren mit dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das dieses Konto führt, keinen Kontakt in Bezug auf dieses oder ein anderes seiner Konten bei diesem Finanzinstitut hatte; und
 - cc) im Falle eines rückkaufsfähigen Versicherungsvertrages das meldende liechtensteinische Finanzinstitut in den letzten sechs Jahren mit dem Kontoinhaber keinen Kontakt in Bezug auf dieses oder ein anderes Konto dieser Person bei diesem Finanzinstitut hatte.
 - c) ein Konto, bei dem es sich um ein Nachlasskonto handelt, ab dem Kalenderjahr oder einem anderen geeigneten Meldezeitraum, in dem das meldende liechtensteinische Finanzinstitut durch Nachweis mittels Kopie

eines amtlichen oder amtlich anerkannten Dokuments Kenntnis vom Ableben der meldepflichtigen Person erlangt hat, bis zu dem Zeitpunkt, in dem dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut im Zuge der Aufteilung der Vermögenswerte des Nachlasses die berechtigten Erben mitgeteilt werden;

- d) ein Mietzinskautionskonto für Bestandverträge im Sinne von § 1090 ff. ABGB;¹⁰
- e) ein Konto einer Stockwerkeigentümergeinschaft im Sinne von Art. 170a ff. des Sachenrechts;¹¹
- f) ein Kapitaleinzahlungskonto für Zwecke der Errichtung von juristischen Personen im Sinne von Art. 106 ff. des Personen- und Gesellschaftsrechts;¹²
- g) ein Konto und ein Versicherungsvertrag, das bzw. der eröffnet oder abgeschlossen wurde, um Geldmittel für betriebliche und private Pensionspläne zu erhalten, zu verwalten oder anzusparen, und das bzw. der in den Geltungsbereich des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge, des Pensionsfondsgesetzes oder eines ähnlichen Gesetzes eines ausländischen Staates oder Hoheitsgebiets fällt;¹³
- h) ein Konto eines in Liechtenstein nach Art. 246 ff. des Personen- und Gesellschaftsrechts gegründeten und organisierten Vereins, der nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Dies gilt gleichermassen für Konten von Vereinen, die nach ähnlichen Gesetzen ausländischer Staaten und Hoheitsgebiete gegründet wurden.¹⁴

1a) Ungeachtet von Anhang I Abschnitt VIII Unterabschnitt C Nummer 1 letzter Satz des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15 letzter Satz des AIA-Gesetzes sowie Art. 3 AStA gilt Folgendes:¹⁵

- a) Handelt es sich beim meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut um eine Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. i AStA und ist der im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes identifizierte Kontoinhaber eine Vermögensstruktur im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. m AStA so gilt Folgendes:
 - 1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und die

im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.

2. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als beherrschende Person identifiziert, so gilt das Konto einer Vermögensstruktur, die im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparent gilt, ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 3. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- b) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das bis zum 31. Dezember 2016 errichtet wurde und das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als transparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Konto-inhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Part-

nerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.

2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- c) Bei einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, das im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. b AStA als intransparente Vermögensstruktur mit einer Zahlstelle im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Bst. e Ziff. ii AStA gilt, gilt Folgendes:
1. Wurde im Rahmen der AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 des AIA-Gesetzes eine in Österreich ansässige natürliche Person als Kontoinhaber identifiziert, so gilt dieses Konto ausschliesslich in Bezug auf die in Österreich ansässige natürliche Person als ausgenommenes Konto. Ist die in Österreich ansässige natürliche Person auch in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig, so gilt das Konto mit Bezug auf diesen anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht als ausgenommenes Konto. Mit Bezug auf meldepflichtige Personen, welche in einem anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat als Österreich ansässig sind, gilt ein derartiges Konto nicht als ausgenommenes Konto.
 2. Tritt eine Änderung der Gegebenheiten ein, die dazu führt, dass eine in Österreich ansässige natürliche Person eine steuerliche Ansässigkeit in einem Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat begründet, so darf das meldende liechtensteinische Finanzinstitut das Konto in Bezug auf den anderen Partnerstaat bzw. meldepflichtigen Staat nicht mehr als ausgenommenes Konto behandeln.
- 2) Aufgehoben¹⁶

Art. 4a¹⁷*Formulare und Ergänzungsteile für Zwecke einer Selbstauskunft*

1) Anstelle der Verwendung eigener Formulare dürfen Banken und Wertpapierfirmen im Rahmen der Ausführung der AIA-Sorgfaltspflichten folgende Formulare entgegen nehmen:

- a) für die Feststellung des Status und der steuerlichen Ansässigkeit von Rechtsträgern Formulare, die dem Muster "Selbstauskunft Rechts-träger" nach Anhang 3 zu entsprechen haben;
- b) für die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit beherrschender Personen die Formulare C, T oder D nach der Sorgfaltspflichtverordnung mit einem Ergänzungsteil, der dem Muster nach Anhang 4 zu entsprechen hat.

2) Formulare nach Abs. 1 Bst. a und Ergänzungsteile nach Abs. 1 Bst. b haben am Ende eine Erklärung des Rechtsträgers zu enthalten, dass der Inhalt des Formulars bzw. des Ergänzungsteils den Mustern nach Anhang 3 bzw. 4 entspricht.

Art. 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Adrian Hasler*
Fürstlicher Regierungschef

Anhang 1¹⁸

(Art. 2)

Liste der Partnerstaaten bzw. meldepflichtigen Staaten

Nr.	Partnerstaat bzw. meldepflichtiger Staat	Anwendbarkeit ab	Länderkürzel ("Receiving-Country")	Anwendbares Abkommen ¹⁹
1.	Andorra	1. Januar 2017	AD	MAK/MCAA
2.	Anguilla	1. Januar 2017	AI	MAK/MCAA
3.	Argentinien	1. Januar 2017	AR	MAK/MCAA
4.	Aruba	1. Januar 2018	AW	MAK/MCAA
5.	Australien	1. Januar 2017	AU	MAK/MCAA
6.	Barbados	1. Januar 2018	BB	MAK/MCAA
7.	Belgien	1. Januar 2016	BE	AIA-Abk. LI-EU
8.	Belize	1. Januar 2017	BZ	MAK/MCAA
9.	Bermuda	1. Januar 2017	BM	MAK/MCAA
10.	Bonaire	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
11.	Brasilien	1. Januar 2018	BR	MAK/MCAA
12.	Britische Jungferninseln	1. Januar 2017	VG	MAK/MCAA
13.	Bulgarien	1. Januar 2016	BG	AIA-Abk. LI-EU
14.	Cayman Inseln	1. Januar 2017	KY	MAK/MCAA
15.	Chile	1. Januar 2017	CL	MAK/MCAA
16.	China	1. Januar 2017	CN	MAK/MCAA
17.	Cook Inseln	1. Januar 2018	CK	MAK/MCAA
18.	Costa Rica	1. Januar 2018	CR	MAK/MCAA
19.	Curaçao	1. Januar 2018	CW	MAK/MCAA

20.	Dänemark (exkl. Färöer Inseln und Grönland)	1. Januar 2016	DK	AIA-Abk. LI-EU
21.	Deutschland	1. Januar 2016	DE	AIA-Abk. LI-EU
22.	Estland	1. Januar 2016	EE	AIA-Abk. LI-EU
23.	Färöer Inseln	1. Januar 2017	FO	MAK/MCAA
24.	Finnland (inkl. Åland)	1. Januar 2016	FI	AIA-Abk. LI-EU
25.	Frankreich (inkl. Guadeloupe, Martinique, Französisch-Guayana, Mayotte und La Réunion und exkl. Saint-Barthélemy und St. Martin)	1. Januar 2016	FR	AIA-Abk. LI-EU
26.	Ghana	1. Januar 2018	GH	MAK/MCAA
27.	Gibraltar	1. Januar 2016	GI	AIA-Abk. LI-EU
28.	Griechenland	1. Januar 2016	GR	AIA-Abk. LI-EU
29.	Grönland	1. Januar 2017	GL	MAK/MCAA
30.	Guernsey	1. Januar 2017	GG	MAK/MCAA
31.	Indien	1. Januar 2017	IN	MAK/MCAA
32.	Indonesien	1. Januar 2018	ID	MAK/MCAA
33.	Irland	1. Januar 2016	IE	AIA-Abk. LI-EU
34.	Island	1. Januar 2017	IS	MAK/MCAA
35.	Isle of Man	1. Januar 2017	IM	MAK/MCAA
36.	Israel	1. Januar 2018	IL	MAK/MCAA
37.	Italien	1. Januar 2016	IT	AIA-Abk. LI-EU
38.	Japan	1. Januar 2017	JP	MAK/MCAA
39.	Jersey	1. Januar 2017	JE	MAK/MCAA
40.	Kanada	1. Januar 2017	CA	MAK/MCAA
41.	Kolumbien	1. Januar 2018	CO	MAK/MCAA

42.	Kroatien	1. Januar 2016	HR	AIA-Abk. LI-EU
43.	Kuwait	1. Januar 2017	KW	MAK/MCAA
44.	Lettland	1. Januar 2016	LV	AIA-Abk. LI-EU
45.	Libanon	1. Januar 2018	LB	MAK/MCAA
46.	Litauen	1. Januar 2016	LT	AIA-Abk. LI-EU
47.	Luxemburg	1. Januar 2016	LU	AIA-Abk. LI-EU
48.	Malaysia	1. Januar 2017	MY	MAK/MCAA
49.	Malta	1. Januar 2016	MT	AIA-Abk. LI-EU
50.	Marshallinseln	1. Januar 2018	MH	MAK/MCAA
51.	Mauritius	1. Januar 2017	MU	MAK/MCAA
52.	Mexiko	1. Januar 2017	MX	MAK/MCAA
53.	Monaco	1. Januar 2017	MC	MAK/MCAA
54.	Montserrat	1. Januar 2018	MS	MAK/MCAA
55.	Nauru	1. Januar 2018	NR	MAK/MCAA
56.	Neuseeland	1. Januar 2017	NZ	MAK/MCAA
57.	Niederlande (exkl. Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, Sint Eustatius und Sint Maarten)	1. Januar 2016	NL	AIA-Abk. LI-EU
58.	Niue	1. Januar 2018	NU	MAK/MCAA
59.	Norwegen	1. Januar 2017	NO	MAK/MCAA
60.	Österreich	1. Januar 2016 ²⁰	AT	AIA-Abk. LI-EU
61.	Polen	1. Januar 2016	PL	AIA-Abk. LI-EU
62.	Portugal (inkl. Azoren und Madeira)	1. Januar 2016	PT	AIA-Abk. LI-EU
63.	Republik Korea (Süd)	1. Januar 2017	KR	MAK/MCAA
64.	Rumänien	1. Januar 2016	RO	AIA-Abk. LI-EU

65.	Russland	1. Januar 2018	RU	MAK/MCAA
66.	Saba	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
67.	Saint Kitts und Nevis	1. Januar 2018	KN	MAK/MCAA
68.	Saint Lucia	1. Januar 2018	LC	MAK/MCAA
69.	Saint Vincent und die Grenadinen	1. Januar 2017	VC	MAK/MCAA
70.	Samoa	1. Januar 2018	WS	MAK/MCAA
71.	San Marino	1. Januar 2017	SM	MAK/MCAA
72.	Saudi-Arabien	1. Januar 2018	SA	MAK/MCAA
73.	Schweden	1. Januar 2016	SE	AIA-Abk. LI-EU
74.	Schweiz	1. Januar 2018	CH	MAK/MCAA
75.	Seychellen	1. Januar 2017	SC	MAK/MCAA
76.	Singapur	1. Januar 2018	SG	MAK/MCAA
77.	Sint Eustatius	1. Januar 2018	BQ	MAK/MCAA
78.	Sint Maarten	1. Januar 2018	SX	MAK/MCAA
79.	Slowakei	1. Januar 2016	SK	AIA-Abk. LI-EU
80.	Slowenien	1. Januar 2016	SI	AIA-Abk. LI-EU
81.	Spanien (inkl. Kanarische Inseln)	1. Januar 2016	ES	AIA-Abk. LI-EU
82.	Südafrika	1. Januar 2017	ZA	MAK/MCAA
83.	Tschechien	1. Januar 2016	CZ	AIA-Abk. LI-EU
84.	Turks- und Caicosinseln	1. Januar 2017	TC	MAK/MCAA
85.	Ungarn	1. Januar 2016	HU	AIA-Abk. LI-EU
86.	Uruguay	1. Januar 2018	UY	MAK/MCAA
87.	Vereinigtes Königreich (exkl. Anguilla, Britische Jungfernseln, Cayman Inseln,	1. Januar 2016	GB	AIA-Abk. LI-EU

	Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Montserrat, Turks- und Caicosinseln)			
88.	Zypern	1. Januar 2016	CY	AIA-Abk. LI-EU

Anhang 2²¹

(Art. 2a)

Liste der teilnehmenden Staaten

1. Albanien, ab 1. Januar 2016;
2. Andorra, ab 1. Januar 2016;
3. Anguilla, ab 1. Januar 2016;
4. Antigua und Barbuda, ab 1. Januar 2016;
5. Argentinien, ab 1. Januar 2016;
6. Aruba, ab 1. Januar 2016;
7. Australien, ab 1. Januar 2016;
8. Bahamas, ab 1. Januar 2016;
9. Bahrain, ab 1. Januar 2016;
10. Barbados, ab 1. Januar 2016;
11. Belgien, ab 1. Januar 2016;
12. Belize, ab 1. Januar 2016;
13. Bermuda, ab 1. Januar 2016;
14. Brasilien, ab 1. Januar 2016;
15. Britische Jungferninseln, ab 1. Januar 2016;
16. Brunei, ab 1. Januar 2016;
17. Bulgarien, ab 1. Januar 2016;
18. Cayman Inseln, ab 1. Januar 2016;
19. Chile, ab 1. Januar 2016;
20. China, ab 1. Januar 2016;
21. Cook Inseln, ab 1. Januar 2016;
22. Costa Rica, ab 1. Januar 2016;
23. Curaçao, ab 1. Januar 2016;
24. Dänemark, ab 1. Januar 2016;
25. Deutschland, ab 1. Januar 2016;
26. Dominica, ab 1. Januar 2016;

27. Estland, ab 1. Januar 2016;
28. Färöer Inseln, ab 1. Januar 2016;
29. Finnland, ab 1. Januar 2016;
30. Frankreich, ab 1. Januar 2016;
31. Ghana, ab 1. Januar 2016;
32. Gibraltar, ab 1. Januar 2016;
33. Grenada, ab 1. Januar 2016;
34. Griechenland, ab 1. Januar 2016;
35. Grönland, ab 1. Januar 2016;
36. Guernsey, ab 1. Januar 2016;
37. Hong Kong (China), ab 1. Januar 2016;
38. Indien, ab 1. Januar 2016;
39. Indonesien, ab 1. Januar 2016;
40. Irland, ab 1. Januar 2016;
41. Island, ab 1. Januar 2016;
42. Isle of Man, ab 1. Januar 2016;
43. Israel, ab 1. Januar 2016;
44. Italien, ab 1. Januar 2016;
45. Japan, ab 1. Januar 2016;
46. Jersey, ab 1. Januar 2016;
47. Kanada, ab 1. Januar 2016;
48. Katar, ab 1. Januar 2016;
49. Kolumbien, ab 1. Januar 2016;
50. Korea, ab 1. Januar 2016;
51. Kroatien, ab 1. Januar 2016;
52. Kuwait, ab 1. Januar 2016;
53. Lettland, ab 1. Januar 2016;
54. Libanon, ab 1. Januar 2016;
55. Litauen, ab 1. Januar 2016;
56. Luxemburg, ab 1. Januar 2016;
57. Macau (China), ab 1. Januar 2016;
58. Malaysia, ab 1. Januar 2016;
59. Malta, ab 1. Januar 2016;

60. Marshallinseln, ab 1. Januar 2016;
61. Mauritius, ab 1. Januar 2016;
62. Mexiko, ab 1. Januar 2016;
63. Monaco, ab 1. Januar 2016;
64. Montserrat, ab 1. Januar 2016;
65. Nauru, ab 1. Januar 2016;
66. Neuseeland, ab 1. Januar 2016;
67. Niederlande, ab 1. Januar 2016;
68. Niue, ab 1. Januar 2016;
69. Norwegen, ab 1. Januar 2016;
70. Österreich, ab 1. Januar 2016;
71. Panama, ab 1. Januar 2016;
72. Polen, ab 1. Januar 2016;
73. Portugal, ab 1. Januar 2016;
74. Rumänien, ab 1. Januar 2016;
75. Russland, ab 1. Januar 2016;
76. Saint Kitts und Nevis, ab 1. Januar 2016;
77. Saint Vincent und die Grenadinen, ab 1. Januar 2016;
78. Samoa, ab 1. Januar 2016;
79. San Marino, ab 1. Januar 2016;
80. Saudi-Arabien, ab 1. Januar 2016;
81. Schweden, ab 1. Januar 2016;
82. Schweiz, ab 1. Januar 2016;
83. Seychellen, ab 1. Januar 2016;
84. Singapur, ab 1. Januar 2016;
85. Sint Maarten, ab 1. Januar 2016;
86. Slowakei, ab 1. Januar 2016;
87. Slowenien, ab 1. Januar 2016;
88. Spanien, ab 1. Januar 2016;
89. St. Lucia, ab 1. Januar 2016;
90. Südafrika, ab 1. Januar 2016;
91. Trinidad und Tobago, ab 1. Januar 2016;
92. Tschechien, ab 1. Januar 2016;

- 93. Türkei, ab 1. Januar 2016;
- 94. Turks- und Caicosinseln, ab 1. Januar 2016;
- 95. Ungarn, ab 1. Januar 2016;
- 96. Uruguay, ab 1. Januar 2016;
- 97. Vanuatu, ab 1. Januar 2016;
- 98. Vereinigte Arabische Emirate, ab 1. Januar 2016;
- 99. Vereinigtes Königreich, ab 1. Januar 2016;
- 100. Zypern, ab 1. Januar 2016.

Anhang 3²²

(Art. 4a Abs. 1 Bst. a und 2)

Selbstauskunft Rechtsträger

Rechtsträger:

Stamm-/Kontonummer:

Auf Grundlage der abkommensrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) ist die _____ (im Folgenden als "Bank"/"Wertpapierfirma" bezeichnet) verpflichtet, die nachfolgenden Informationen des Rechtsträgers einzuholen; der Rechtsträger ist verpflichtet, die entsprechenden Angaben einschliesslich ihrer Änderungen rechtzeitig bekannt zu geben.

Die Angaben dieses Formulars entfalten ohne gegenteilige Bekanntgabe durch den Rechtsträger mit dem Unterschriftsdatum ab der laufenden Meldeperiode ihre Gültigkeit.

1. Identifikation des Rechtsträgers

(Pflichtfelder sind mit einem * gekennzeichnet)

Name/Firmenname:*

Land der Gründung:

Adresse:*/¹Postfach:¹

Postleitzahl:*

Ort:*

Land:*

Weicht die oben angegebene Adresse von der bisher bei der Bank/Wertpapierfirma dokumentierten Adresse ab, so gilt die Einreichung dieses Formulars gleichzeitig als Mitteilung zur Änderung der bisherigen Adresse für Zwecke der Sorgfaltspflichtverordnung. Bei bestehenden Versandinstruktionen an die bisherige Adresse gelten diese mit der Einreichung dieses Formulars dementsprechend als abgeändert. Bestehende, von der bisherigen Adresse abweichende Versandinstruktionen bleiben hingegen unberührt.

¹ Die Angabe von Postfach- oder "per-" bzw. "z.Hd.-" Adressen sind nicht zulässig, es sei denn, sie sind als Adresse im Handelsregister eingetragen.

2. Status des Rechtsträgers

Bitte geben Sie den Status des Rechtsträgers anhand nachfolgender Auswahl an (keine Mehrfachangaben möglich):

Finanzinstitut

- Einlageninstitut (Depository Institution), Verwahrinstitut (Custodial Institution) oder spezifizierte Versicherungsgesellschaft (Specified Insurance Company)
- Investmentunternehmen (Investment Entity) eines NICHT teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird^{2/3}
- Investmentunternehmen (Investment Entity) eines teilnehmenden Staates, das als nicht meldend klassifiziert ist (z.B. Trustee-Documented Trust (TDT))
- sonstiges Investmentunternehmen (Other Investment Entity)

Aktiver NFE

- aktiv tätige Gesellschaft, die kein Finanzinstitut ist (z.B. eine Handelsgesellschaft, eine Gesellschaft im produzierenden Gewerbe), ein Holding NFE oder ein Treasury Center
- einkommensteuerbefreiter, ausschliesslich gemeinnütziger Rechtsträger
- Rechtsträger, dessen Aktien regelmässig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden, oder verbundener Rechtsträger eines solchen Rechtsträgers oder staatlicher Rechtsträger, internationale Organi-

sation, Zentralbank oder Rechtsträger, der im Alleineigentum einer oder mehrerer der vorgenannten Institutionen steht

- Start-up NFE oder NFE in Liquidation

Passiver NFE

- Rechtsträger, der kein Finanzinstitut und kein aktiver NFE ist³

² Der Rechtsträger gilt als passiver NFE.

³ Es ist zusätzlich das Formular C oder T "Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person" nach der Sorgfaltspflichtverordnung (SPV) sowie der jeweilige Ergänzungsteil nach der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Verordnung) für jede beherrschende Person (Controlling Person) des Rechtsträgers auszufüllen und unterzeichnet bei der Bank/Wertpapierfirma einzureichen.

3. Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) des Rechtsträgers an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das unter Ziffer 1 angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

4. Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Formular gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, eine neue Selbstauskunft einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informationen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und

die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Formular gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in dieser Selbstauskunft, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Formulars bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

Anhang 4²³

(Art. 4a Abs. 1 Bst. b und 2)

Ergänzungsteile für Zwecke einer Selbstauskunft**A. Ergänzungsteil zum Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a SPV (Formular C)**

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit der beherrschenden Personen eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular C genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular C angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular C genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. a SPV (Formular C) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informationen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

B. Ergänzungsteil zum Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. b SPV (Formular T)

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit der beherrschenden Personen eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular T genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular T angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/

Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular T genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Feststellung der letztlich wirtschaftlich berechtigten Person von Rechtsträgern nach Art. 3 Abs. 1 Bst. b SPV (Formular T) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informationen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten
Person(en) des Rechtsträgers in Druck-
buchstaben

C. Ergänzungsteil zum Formular zur Dokumentation der Ausschüttungsempfänger bei diskretionär ausgestalteten Rechtsträgern nach Art. 7a SPG und Art. 11a Abs. 3 SPV (Formular D)

Dieser Ergänzungsteil bezweckt die Feststellung der steuerlichen Ansässigkeit des Ausschüttungsempfängers eines passiven NFE oder eines Investmentunternehmens eines nicht teilnehmenden Staates, das von einem anderen Finanzinstitut verwaltet wird.

Feststellung steuerrelevanter Angaben

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle sämtliche steuerliche Ansässigkeitsstaaten mit der zugehörigen Steueridentifikationsnummer (Tax Identification Number; TIN) der in Formular D genannten natürlichen Person an. Erfolgt keine Angabe, so gilt das in Formular D angegebene Land als einziger steuerlicher Ansässigkeitsstaat. Auch in diesem Fall ist der Bank/Wertpapierfirma die entsprechende TIN bzw. der Grund für die fehlende TIN bekannt zu geben, es sei denn, es handelt sich bei der in Formular D genannten natürlichen Person nicht um eine meldepflichtige Person.

Steuerliche Ansässigkeitsstaaten (vollständige Aufzählung)	TIN	Grund für fehlende TIN

Erklärung

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass er der Bank/Wertpapierfirma bei einer Änderung der in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben innerhalb von 90 Tagen oder zum Ende des Kalenderjahres, je nachdem welcher Zeitpunkt später eintritt, ein Formular zur Dokumentation der Ausschüttungsempfänger bei diskretionär ausgestalteten Rechtsträgern nach Art. 7a SPG und Art. 11a Abs. 3 SPV (Formular D) gemeinsam mit dem Ergänzungsteil zu diesem SPV-Formular einzureichen hat.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die Bank/Wertpapierfirma verpflichtet sein kann, Informationen über den Rechtsträger sowie Informa-

tionen über dessen Geschäftsbeziehung(en) zur Bank/Wertpapierfirma und die beherrschenden Personen (Controlling Persons) des Rechtsträgers an die Steuerverwaltung zur Weiterleitung an die Steuerbehörde des/der steuerlichen Ansässigkeitsstaates/-staaten zu melden, wenn die entsprechenden abkommensrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben erfüllt sind.

Der Rechtsträger bestätigt, dass die in diesem Ergänzungsteil gemachten Angaben nach bestem Wissen vollständig und korrekt abgegeben wurden.

Der Rechtsträger nimmt zur Kenntnis, dass die vorsätzliche oder fahrlässige Angabe von falschen Informationen in diesem Ergänzungsteil, das Unterlassen einer Mitteilung über eine Änderung der Gegebenheiten oder die Angabe von falschen Informationen im Zusammenhang mit Änderungen der Gegebenheiten nach Art. 29 des AIA-Gesetzes bestraft wird.

Mit der Unterzeichnung dieses Ergänzungsteils bestätigt der Unterzeichnende, dass er für den Rechtsträger vertretungsbefugt ist.

Ort/Datum

Unterschrift der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers

Name der unterzeichnungsberechtigten Person(en) des Rechtsträgers in Druckbuchstaben

Übergangsbestimmungen

354.1 V über den internationalen automatischen Informationsaustausch in
Steuersachen
(AIA-Verordnung)

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Jahrgang 2017 Nr. 279 ausgegeben am 18. Oktober 2017

Verordnung
vom 17. Oktober 2017
betreffend die Abänderung der Verordnung vom
29. August 2017 über die Abänderung der AIA-
Verordnung

...

Ia.
Übergangsbestimmung

Bis zum Inkrafttreten von Art. 22b Abs. 4²⁴ der Sorgfaltspflichtverordnung (LGBI. 2017 Nr. 215) sind für die Beurteilung eines ausgenommenen Kontos nach Art. 4 Abs. 1 Bst. a der AIA-Verordnung die Art. 10 Abs. 2 des Sorgfaltspflichtgesetzes und Art. 14 Abs. 1 der Sorgfaltspflichtverordnung, in der Fassung vor dem 1. September 2017, massgeblich.

...

-
- 1 *Ingress abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 2 *Art. 1 Abs. 1 Bst. abis eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 3 *Art. 2 abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 4 *Art. 2a eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 5 *Art. 3 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 6 *Art. 3 Bst. d aufgehoben durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 7 *Art. 3 Bst. f abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 8 *Art. 4 Abs. 1 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 224](#).*
-
- 9 *Art. 4 Abs. 1 Bst. b abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 10 *Art. 4 Bst. d abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 11 *Art. 4 Bst. e abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 12 *Art. 4 Bst. f abgeändert durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 13 *Art. 4 Bst. g eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 14 *Art. 4 Bst. h eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 15 *Art. 4 Abs. 1a eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#).*
-
- 16 *Art. 4 Abs. 2 aufgehoben durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 17 *Art. 4a eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 18 *Anhang 1 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 395](#).*
-
- 19 *MAK (Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, LGBL. 2016 Nr. 397), MCAA (Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten, [LGBL. 2016 Nr. 398](#)), AIA-Abk. LI-EU (Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, [LGBL. 2005 Nr. 111](#) idF [LGBL. 2015 Nr. 354](#)).*
-
- 20 *Im Falle von Österreich ist die erste relevante Meldeperiode 2017.*
-
- 21 *Anhang 2 eingefügt durch [LGBL. 2016 Nr. 523](#) und abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 395](#).*
-
- 22 *Anhang 3 eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#).*
-
- 23 *Anhang 4 eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 152](#) und abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 395](#).*
-
- 24 *Inkrafttreten: 1. März 2018.*

Liechtenstein Legal Gazette

2015

No. 358

published on 21 December 2015

Ordinance

of 15 December 2015

on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters (AEOI Ordinance)

On the basis of Art. 2 para. (2) and Art. 37 of the Act of 5 November 2015 on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters ("AEOI Act"), Legal Gazette 2015 No. 355, and in the implementation of the agreement of 29 January 2013 between the Principality of Liechtenstein and the Republic of Austria on the Cooperation in Tax Matters ("AStA"), Legal Gazette 2013 No. 432 in the version of the Protocol of 17 October 2016, Legal Gazette 2016 No. 522, the Government decrees:

Art. 1

Object and designations

- 1) In implementation of the AEOI Act this Ordinance sets out specific details regarding:
 - a) the partner jurisdictions / Reportable Jurisdictions (Art. 1 para. (1) and Art. 2 para. (1) (24) of the AEOI Act);
 - a^{bis}) the Participating Jurisdictions (Art. 2 para. (1) (3) (b) and para. (2) of the AEOI Act);
 - b) the Non-Reporting Liechtenstein Financial Institutions (Art. 2 para. (1) (12) in connection with (14) of the AEOI Act);
 - c) the Excluded Accounts (Art. 2 para. (1) (16) of the AEOI Act).

2) The designations used in this Ordinance to denote persons and functions include persons of male and female gender.

Art. 2

Partner jurisdictions / Reportable Jurisdictions

The partner jurisdictions / Reportable Jurisdictions as defined in the AEOI Act are listed in Annex 1.

Art. 2a

Participating Jurisdictions

The Participating Jurisdictions as defined in the AEOI Act are listed in Annex 2.

Art. 3

Non-Reporting Liechtenstein Financial Institutions

A Non-Reporting Liechtenstein Financial Institutions as defined in the AEOI Act is in particular:

- a) an institution to which the provisions of the Liechtenstein Occupational Pensions Act or the Pension Fund Act apply, if that institution is a Broad Participation Retirement Fund or a Narrow Participation Retirement Fund;
- b) an Investment Entity that is regulated as a collective investment vehicle (CIV) and that meets the conditions as set out in the applicable agreement concerning interests in the collective investment vehicle and physical shares in bearer form;
- c) a management company of a collective investment vehicle if it does not maintain any Financial Accounts as defined in the AEOI Act;
- d) Repealed;
- e) an asset management company as defined in the Asset Management Act;
- f) a foundation, a foundation-like establishment, a foundation-like trust enterprise with legal personality (Trust reg.) or any other foundation-like asset structure, provided that one member of the highest executive body is a Reporting Liechtenstein Financial Institution and reports all information in respect of all Reportable Accounts required to be reported in accordance with an applicable agreement and the AEOI Act.

Art. 4

Excluded Accounts

- 1) An Excluded Account as defined in the AEOI Act is in particular:
 - a) an account for the execution of activities, where the requirements pursuant to Art. 22b para. 4 of the Liechtenstein Due Diligence Act are met;
 - b) at the discretion of the Reporting Liechtenstein Financial Institution, an account other than an Annuity Contract with an account balance or value at the end of a calendar year or other appropriate reporting period or at the time of account closure that does not exceed CHF 1,000, if:
 1. the account is considered dormant pursuant to the Guideline of the Liechtenstein Bankers Association of 8 July 1999 on the treatment of dormant accounts, savings books, deposit accounts and safe deposit boxes at Liechtenstein banks, recognised by the Liechtenstein Financial Market Authority, or
 2. for accounts other than those referred to in subparagraph (1):
 - aa) the Account Holder has not initiated a transaction with regard to the account or any other account held by the Account Holder with the Reporting Liechtenstein Financial Institution in the past three years;
 - bb) the Account Holder has not communicated with the Reporting Liechtenstein Financial Institution that maintains such account regarding the account or any other account held by the Account Holder with the Reporting Financial Institution in the past six years; and
 - cc) in the case of a Cash Value Insurance Contract, the Reporting Liechtenstein Financial Institution has not communicated with the Account Holder that holds such account regarding the account or any other account held by the Account Holder with the Reporting Financial Institution in the past six years.
 - c) an account relating to a deceased estate, as from the calendar year or other appropriate reporting period in which the Reporting Liechtenstein Financial Institution has been informed of the death of the Reportable Person evidenced by means of a copy of an official or officially approved document, until the time at which the Reporting Liechtenstein Financial Institution is informed of the rightful heirs in the course of distribution of the assets of the deceased estate;
 - d) a lease deposit account for lease agreements pursuant to § 1090 et sqq. General Civil Code (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch; ABGB);
 - e) an account of a condominium owners' association pursuant to Art. 170a et sqq. of the Act on Property;

- f) a capital deposit account for the purpose of forming legal entities pursuant to Art. 106 et sqq. of the Persons and Companies Act;
 - g) an account and an insurance contract established with the purpose of receiving, managing and saving resources for occupational and private pension plans covered by the Law on Occupational Benefits, the Pension Fund Act, or similar laws of a foreign state or territory;
 - h) an account of an association formed in Liechtenstein pursuant to Art. 246 et sqq. of the Persons and Companies Act, with a non-commercial purpose. The same shall apply to accounts of associations that have been formed pursuant to similar laws of foreign states and territories.
- 1a) Regardless of Annex I Section VIII (C) (1) last sentence of the Agreement between the Principality of Liechtenstein and the European Union on the automatic exchange of financial account information to improve international tax compliance, Art. 2 para. (1) (15) last sentence of the AEOI Act, and Art. 3 AStA, the following shall apply:
- a) If the Reporting Liechtenstein Financial Institution is a paying agent in terms of Art. 2 para. (1) (e) (i) AStA and if the Account Holder identified according to the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7 of the AEOI Act is an asset structure in terms of Art. 2 para. (1) (m) AStA, the following shall apply:
 - 1. If an individual resident in Austria has been identified as the Controlling Person according to the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7 of the AEOI Act, the account of an asset structure which was formed until 31 December 2016 and which is considered to be transparent in terms of Art. 2 para. (2) (b) AStA shall be considered to be an Excluded Account with regard to such Austrian resident exclusively. If the individual resident in Austria is also resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, the account shall not be considered to be an Excluded Account with regard to such other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction. With regard to Reportable Persons who are resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, such account shall not be considered to be an Excluded Account.
 - 2. If an individual resident in Austria has been identified as the Controlling Person according to the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7 of the AEOI Act, the account of an asset structure which is considered to be intransparent in terms of Art. 2 para. (2) (b) AStA shall be considered to be an Excluded Account with regard to such Austrian resident exclusively. If the individual resident in Austria is also resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, the account shall not be considered to be an Excluded Account with regard to such other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction. With regard to Reportable Persons who are resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other

than Austria, such account shall not be considered to be an Excluded Account.

3. If there is a change of circumstances that leads to an individual resident in Austria becoming tax resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction, the Reporting Liechtenstein Financial Institution shall no longer be allowed to treat the account as an Excluded Account with regard to the other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction.
- b) A Reporting Liechtenstein Financial Institution which was formed until 31 December 2016 and which in terms of Art. 2 para. (2) (b) AStA is considered to be a transparent asset structure with a paying agent in terms of Art. 2 para. (1) (e) (ii) AStA, the following shall apply:
1. If an individual resident in Austria has been identified as the Account Holder according to the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7 of the AEOI Act, that account shall be considered to be an Excluded Account with regard to such Austrian resident exclusively. If the individual resident in Austria is also resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, the account shall not be considered to be an Excluded Account with regard to such other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction. With regard to Reportable Persons who are resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, such account shall not be considered to be an Excluded Account.
 2. If there is a change of circumstances that leads to an individual resident in Austria becoming tax resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction, the Reporting Liechtenstein Financial Institution shall no longer treat the account as an Excluded Account with regard to the other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction.
- c) A Reporting Liechtenstein Financial Institution which in terms of Art. 2 para. (2) (b) AStA is considered to be an intransparent asset structure with a paying agent in terms of Art. 2 para. (1) (e) (ii) AStA, the following shall apply:
1. If an individual resident in Austria has been identified as the Account Holder according to the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7 of the AEOI Act, that account shall be considered to be an Excluded Account with regard to such Austrian resident exclusively. If the individual resident in Austria is also resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, the account shall not be considered to be an Excluded Account with regard to such other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction. With regard to Reportable Persons who are resident in a partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction other than Austria, such account shall not be considered to be an Excluded Account.
 2. If there is a change of circumstances that leads to an individual resident in Austria becoming tax resident in a partner jurisdiction / Reportable

Jurisdiction, the Reporting Liechtenstein Financial Institution shall no longer be allowed to treat the account as an Excluded Account with regard to the other partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction.

2) Repealed.

Art. 4a

Forms and supplementary parts for the purpose of a self-certification

1) Instead of using own forms, banks and securities companies may accept the following forms as part of the performance of the AEOI due diligence procedures:

- a) for determining the status and tax residency of Entities, forms which match the example "self-certification Entity" pursuant to Annex 3;
- b) for determining the tax residency of Controlling Persons, form C, T or D according to the Due Diligence Ordinance with a supplementary part, which matches the example pursuant to Annex 4.

2) Forms according to para. (1) (a) and supplementary parts according to para. (1) (b) shall end with a declaration of the Entity that the content of the form or the supplementary part corresponds to the examples in Annex 3 or 4 respectively.

Art. 5

Entry into force

This Ordinance shall enter into force on 1 January 2016.

Princely Government:
signed *Adrian Hasler*
Head of the Princely Government

List of the partner jurisdictions / Reportable Jurisdictions

No.	Partner jurisdiction / Reportable Jurisdiction	Applicability	Country code ("Receiving-Country")	Applicable Agreement¹
1.	Andorra	1. January 2017	AD	MAC/MCAA
2.	Anguilla	1. January 2017	AI	MAC/MCAA
3.	Argentina	1. January 2017	AR	MAC/MCAA
4.	Aruba	1. January 2018	AW	MAC/MCAA
5.	Australia	1. January 2017	AU	MAC/MCAA
6.	Barbados	1. January 2018	BB	MAC/MCAA
7.	Belgium	1. January 2016	BE	AEOI Agreement LI-EU
8.	Belize	1. January 2017	BZ	MAC/MCAA
9.	Bermuda	1. January 2017	BM	MAC/MCAA
10.	Bonaire	1. January 2018	BQ	MAC/MCAA
11.	Brazil	1. January 2018	BR	MAC/MCAA
12.	British Virgin Islands	1. January 2017	VG	MAC/MCAA
13.	Bulgaria	1. January 2016	BG	AEOI Agreement LI-EU
14.	Cayman Islands	1. January 2017	KY	MAC/MCAA
15.	Chile	1. January 2017	CL	MAC/MCAA
16.	China	1. January 2017	CN	MAC/MCAA
17.	Cook Islands	1. January 2018	CK	MAC/MCAA
18.	Costa Rica	1. January 2018	CR	MAC/MCAA
19.	Curaçao	1. January 2018	CW	MAC/MCAA
20.	Denmark (excl. Faroe Islands and Greenland)	1. January 2016	DK	AEOI Agreement LI-EU
21.	Germany	1. January 2016	DE	AEOI Agreement LI-EU
22.	Estonia	1. January 2016	EE	AEOI Agreement LI-EU
23.	Faroe Islands	1. January 2017	FO	MAC/MCAA

¹ MAC (Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters, Legal Gazette 2016 No. 397), MCAA (Multilateral Competent Authority Agreement on Automatic Exchange of Financial Account Information, Legal Gazette 2016 No. 398), AEOI-Agreement LI-EU (Agreement between the Principality of Liechtenstein and the European Union on the automatic exchange of financial account information to improve international tax compliance, Legal Gazette 2005 No. 111 in the version Legal Gazette 2015 No. 354).

24.	Finland (incl. Åland)	1. January 2016	FI	AEOI Agreement LI-EU
25.	France (incl. Guadeloupe, Martinique, French-Guayana, Mayotte and La Réunion and excl. Saint-Barthélemy and St. Martin)	1. January 2016	FR	AEOI Agreement LI-EU
26.	Ghana	1. January 2018	GH	MAC/MCAA
27.	Gibraltar	1. January 2016	GI	AEOI Agreement LI-EU
28.	Greece	1. January 2016	GR	AEOI Agreement LI-EU
29.	Greenland	1. January 2017	GL	MAC/MCAA
30.	Guernsey	1. January 2017	GG	MAC/MCAA
31.	India	1. January 2017	IN	MAC/MCAA
32.	Indonesia	1. January 2018	ID	MAC/MCAA
33.	Ireland	1. January 2016	IE	AEOI Agreement LI-EU
34.	Iceland	1. January 2017	IS	MAC/MCAA
35.	Isle of Man	1. January 2017	IM	MAC/MCAA
36.	Israel	1. January 2018	IL	MAC/MCAA
37.	Italy	1. January 2016	IT	AEOI Agreement LI-EU
38.	Japan	1. January 2017	JP	MAC/MCAA
39.	Jersey	1. January 2017	JE	MAC/MCAA
40.	Canada	1. January 2017	CA	MAC/MCAA
41.	Colombia	1. January 2018	CO	MAC/MCAA
42.	Croatia	1. January 2016	HR	AEOI Agreement LI-EU
43.	Kuwait	1. January 2017	KW	MAC/MCAA
44.	Latvia	1. January 2016	LV	AEOI Agreement LI-EU
45.	Lebanon	1. January 2018	LB	MAC/MCAA
46.	Lithuania	1. January 2016	LT	AEOI Agreement LI-EU
47.	Luxembourg	1. January 2016	LU	AEOI Agreement LI-EU
48.	Malaysia	1. January 2017	MY	MAC/MCAA
49.	Malta	1. January 2016	MT	AEOI Agreement LI-EU
50.	Marshall Islands	1. January 2018	MH	MAC/MCAA
51.	Mauritius	1. January 2017	MU	MAC/MCAA
52.	Mexico	1. January 2017	MX	MAC/MCAA
53.	Monaco	1. January 2017	MC	MAC/MCAA

54.	Montserrat	1. January 2018	MS	MAC/MCAA
55.	Nauru	1. January 2018	NR	MAC/MCAA
56.	New Zealand	1. January 2017	NZ	MAC/MCAA
57.	Netherlands (excl. Aruba, Bonaire, Curaçao, Saba, Sint Eustatius and Sint Marteen)	1. January 2016	NL	AEOI Agreement LI-EU
58.	Niue	1. January 2018	NU	MAC/MCAA
59.	Norway	1. January 2017	NO	MAC/MCAA
60.	Austria	1. January 2016 ²	AT	AEOI Agreement LI-EU
61.	Poland	1. January 2016	PL	AEOI Agreement LI-EU
62.	Portugal (incl. Azores and Madeira)	1. January 2016	PT	AEOI Agreement LI-EU
63.	Republic of Korea (South)	1. January 2017	KR	MAC/MCAA
64.	Romania	1. January 2016	RO	AEOI Agreement LI-EU
65.	Russia	1. January 2018	RU	MAC/MCAA
66.	Saba	1. January 2018	BQ	MAC/MCAA
67.	Saint Kitts and Nevis	1. January 2018	KN	MAC/MCAA
68.	Saint Lucia	1. January 2018	LC	MAC/MCAA
69.	Saint Vincent and the Grenadines	1. January 2017	VC	MAC/MCAA
70.	Samoa	1. January 2018	WS	MAC/MCAA
71.	San Marino	1. January 2017	SM	MAC/MCAA
72.	Saudi Arabia	1. January 2018	SA	MAC/MCAA
73.	Sweden	1. January 2016	SE	AEOI Agreement LI-EU
74.	Switzerland	1. January 2018	CH	MAC/MCAA
75.	Seychelles	1. January 2017	SC	MAC/MCAA
76.	Singapore	1. January 2018	SG	MAC/MCAA
77.	Sint Eustatius	1. January 2018	BQ	MAC/MCAA
78.	Sint Maarten	1. January 2018	SX	MAC/MCAA
79.	Slovakia	1. January 2016	SK	AEOI Agreement LI-EU
80.	Slovenia	1. January 2016	SI	AEOI Agreement LI-EU
81.	Spain (incl. Canary	1. January 2016	ES	AEOI Agreement LI-EU

² In the case of Austria, the first relevant reporting period is 2017.

	Islands)			
82.	South Africa	1. January 2017	ZA	MAC/MCAA
83.	Czech Republic	1. January 2016	CZ	AEOI Agreement LI-EU
84.	Turks and Caicos Islands	1. January 2017	TC	MAC/MCAA
85.	Hungary	1. January 2016	HU	AEOI Agreement LI-EU
86.	Uruguay	1. January 2018	UY	MAC/MCAA
87.	United Kingdom (excl. Anguilla, British Virgin Islands, Cayman Islands, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Montserrat, Turks and Caicos Islands)	1. January 2016	GB	AEOI Agreement LI-EU
88.	Cyprus	1. January 2016	CY	AEOI Agreement LI-EU

List of the Participating Jurisdictions

1. Albania, from 1 January 2016;
2. Andorra, from 1 January 2016;
3. Anguilla, from 1 January 2016;
4. Antigua and Barbuda, from 1 January 2016;
5. Argentina, from 1 January 2016;
6. Aruba, from 1 January 2016;
7. Australia, from 1 January 2016;
8. Bahamas, from 1 January 2016
9. Bahrain, from 1 January 2016
10. Barbados, from 1 January 2016
11. Belgium, from 1 January 2016;
12. Belize, from 1 January 2016;
13. Bermuda, from 1 January 2016;
14. Brazil, from 1 January 2016
15. British Virgin Islands, from 1 January 2016;
16. Brunei, from 1 January 2016
17. Bulgaria, from 1 January 2016;
18. Cayman Islands, from 1 January 2016;
19. Chile, from 1 January 2016;
20. China, from 1 January 2016;
21. Cook Islands, from 1 January 2016
22. Costa Rica, from 1 January 2016
23. Curaçao, from 1 January 2016
24. Denmark, from 1 January 2016;
25. Germany, from 1 January 2016;
26. Dominica, from 1 January 2016
27. Estonia, from 1 January 2016;

28. Faroe Islands, from 1 January 2016;
29. Finland, from 1 January 2016;
30. France, from 1 January 2016;
31. Ghana, from 1 January 2016
32. Gibraltar, from 1 January 2016;
33. Grenada, from 1 January 2016
34. Greece, from 1 January 2016;
35. Greenland, from 1 January 2016;
36. Guernsey, from 1 January 2016;
37. Hong Kong (China), from 1 January 2016
38. India, from 1 January 2016;
39. Indonesia, from 1 January 2016
40. Ireland, from 1 January 2016;
41. Iceland, from 1 January 2016;
42. Isle of Man, from 1 January 2016;
43. Israel, from 1 January 2016
44. Italy, from 1 January 2016;
45. Japan, from 1 January 2016;
46. Jersey, from 1 January 2016;
47. Canada, from 1 January 2016;
48. Qatar, from 1 January 2016
49. Columbia, from 1 January 2016
50. Korea, from 1 January 2016;
51. Croatia, from 1 January 2016;
52. Kuwait, from 1 January 2016;
53. Latvia, from 1 January 2016;
54. Lebanon, from 1 January 2016
55. Lithuania, from 1 January 2016;
56. Luxembourg, from 1 January 2016;
57. Macao (China), from 1 January 2016
58. Malaysia, from 1 January 2016;
59. Malta, from 1 January 2016;

60. Marshall Islands, from 1 January 2016
61. Mauritius, from 1 January 2016;
62. Mexico, from 1 January 2016;
63. Monaco, from 1 January 2016;
64. Montserrat, from 1 January 2016
65. Nauru, from 1 January 2016
66. New Zealand, from 1 January 2016;
67. Netherlands, from 1 January 2016;
68. Niue, from 1 January 2016
69. Norway, from 1 January 2016;
70. Austria, from 1 January 2016;
71. Panama, from 1 January 2016
72. Poland, from 1 January 2016;
73. Portugal, from 1 January 2016;
74. Romania, from 1 January 2016;
75. Russia, from 1 January 2016
76. Saint Kitts and Nevis, from 1 January 2016
77. Saint Vincent and the Grenadines, from 1 January 2016;
78. Samoa, from 1 January 2016
79. San Marino, from 1 January 2016;
80. Saudi Arabia, from 1 January 2016
81. Sweden, from 1 January 2016;
82. Switzerland, from 1 January 2016
83. Seychelles, from 1 January 2016;
84. Singapore, from 1 January 2016
85. Sint Maarten, from 1 January 2016
86. Slovakia, from 1 January 2016;
87. Slovenia, from 1 January 2016;
88. Spain, from 1 January 2016;
89. St. Lucia, from 1 January 2016
90. South Africa, from 1 January 2016;
91. Trinidad and Tobago, from 1 January 2016

92. Czech Republic, from 1 January 2016;
93. Turkey, from 1 January 2016
94. Turks and Caicos Islands, from 1 January 2016;
95. Hungary, from 1 January 2016;
96. Uruguay, from 1 January 2016
97. Vanuatu, from 1 January 2016
98. United Arab Emirates, from 1 January 2016
99. United Kingdom, from 1 January 2016;
100. Cyprus, from 1 January 2016.

Self-certification Entity

Entity: _____

Client-/Account number: _____

On the basis of the legal and regulatory provisions in relation to the automatic exchange of information (AEOI), _____ (hereinafter referred to as "bank" / "securities company") is obliged to obtain the following information from the Entity; the Entity is obliged to notify the relevant information, including any changes, in due time.

The information contained in this form shall be valid with the signature date from the ongoing reporting period without contrary notice by the Entity.

1. Identification of the Entity

(Fields marked with a * are mandatory)

Name/Legal Name:* _____

Country of incorporation: _____

Address:*/¹ _____

P.O. Box:¹ _____

Postal Code:* _____

City:* _____

Country:* _____

If the above address deviates from the address previously documented at the bank / securities company, the submission of this form shall at the same time be deemed to be a notification of the modification of the previous address for the purpose of the Due Diligence Ordinance. In the case of existing mailing instructions to the previous address, these are

deemed to be modified with the submission of this form. Existing mailing instructions differing from the previous address, however, remain unaffected.

¹ The indication of post office box or "per" or "in-care-of" addresses is not permitted, unless they are recorded as address in the commercial register.

2. Entity Status

Please provide the status of the Entity by means of the following selection (no multiple entries possible):

Financial Institution

- Depository Institution, Custodial Institution or Specified Insurance Company
- Investment Entity located in a Non-Participating Jurisdiction and managed by another Financial Institution^{2/3}
- Investment Entity located in a Non-Participating Jurisdiction, which classifies as Non-Reporting (e.g. Trustee-Documented Trust (TDT))
- Other Investment Entity

Active NFE

- active company, which is not a Financial Institution (e.g. a trading company, a company in the manufacturing sector), a holding NFE or a treasury center
- tax-exempt exclusively non-profit NFE
- a corporation the stock of which is regularly traded on an established securities market or a corporation which is a related entity of such corporation or a Governmental Entity, an International Organization, a Central Bank or an Entity wholly owned by one or more of the foregoing
- start-up NFE or NFE in liquidation

Passive NFE

- Entity that is not a Financial Institution and not an Active NFE³

² The Entity is considered as Passive NFE.

³ In addition, form C or T "Determination of the ultimate beneficial owner" shall be completed and signed in accordance with the Due Diligence Ordinance (SPV) as well as the respective supplementary part according to the Ordinance on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters (AEOI Ordinance) and submitted to the bank / securities company.

3. Determination of tax relevant information

Please indicate in the table below all jurisdictions of tax residence with the corresponding tax identification number (TIN) of the Entity. If no indication is given, the country provided in no. 1 shall be the only jurisdiction of tax residence. In this case the bank / securities company also must be notified of the corresponding TIN or the reason for the unavailable TIN.

Jurisdictions of tax residence (complete list)	TIN	Reason for unavailable TIN

4. Declaration

The Entity notes that it has to submit a new self-certification to the bank / securities company in the event of a change in the information provided in this form within 90 days or at the end of the calendar year, whichever is later.

The Entity notes that the bank / securities company may be obliged to provide information on the Entity as well as information about its business relationship(s) with the bank / securities company and the Controlling Persons of the Entity to the Fiscal Authority to be forwarded to the Tax Authority of the jurisdiction(s) of tax residence if the relevant legal and regulatory provisions are met.

The Entity confirms that the information provided in this form has been given completely and correctly to the best of its knowledge.

The Entity notes that the deliberate or negligent disclosure of false information in this self-certification, the omission of a notification of a change in circumstances or the indication of false information concerning changes in circumstances are penalized pursuant to Art. 29 of the AEOI Act.

By signing this form, the signatory confirms that he is authorized to represent the Entity.

Place/Datum

Signature of authorized signatory (s) of the Entity

Name of authorized
signatory (s) of the Entity in
print letters

Supplementary parts for the purpose of a self-certificate

A. Supplementary part to the form for the determination of the ultimate beneficial owner of an entity pursuant to Art. 3 para. (1) (a) SPV (form C)

The purpose of this supplementary part is to establish the tax residency of Controlling Persons of a Passive NFE or an Investment Entity located in a Non-Participating Jurisdiction and managed by another Financial Institution.

Determination of tax relevant information

Please indicate in the table below all jurisdictions of tax residence with the corresponding tax identification number (TIN) of the individual named in form C. If no indication is given, the country provided in form C shall be the only jurisdiction of tax residence. In this case the bank / securities company also must be notified of the corresponding TIN or the reason for the unavailable TIN, except where the individual referred to in Form C is not a Reportable Person.

Jurisdictions of tax residence (complete list)	TIN	Reason for unavailable TIN

Declaration

The Entity notes that it has to submit a form for the determination of the ultimate beneficial owner of an entity pursuant to Art. 3 para. (1) (a) SPV (form C) together with the supplementary part to this SPV-form to the bank / securities company in the event of a change in the information provided in this supplementary part within 90 days or at the end of the calendar year, whichever is later.

The Entity notes that the bank / securities company may be obliged to provide information on the Entity as well as information about its business relationship(s) with the bank / securities company and the Controlling Persons of the Entity to the Fiscal Authority to be forwarded to the Tax Authority of the jurisdiction(s) of tax residence if the relevant legal and regulatory provisions are met.

The Entity confirms that the information provided in this supplementary part has been given completely and correctly to the best of its knowledge.

The Entity notes that the deliberate or negligent disclosure of false information in this supplementary part, the omission of a notification of a change in circumstances or the indication of false information concerning changes in circumstances are penalized pursuant to Art.29 of the AEOI Act.

By signing this form, the signatory confirms that he is authorized to represent the Entity.

Place/Date

Signature of authorized
signatory (s) of the Entity

Name of authorized
signatory (s) of the Entity in
print letters

B. Supplementary part to the form for the determination of the ultimate beneficial owner of an entity pursuant to Art. 3 para. (1) (b) SPV (form T)

The purpose of this supplementary part is to establish the tax residency of Controlling Persons of a Passive NFE or an Investment Entity located in a Non-Participating Jurisdiction and managed by another Financial Institution.

Determination of tax relevant information

Please indicate in the table below all jurisdictions of tax residence with the corresponding tax identification number (TIN) of the individual named in form T. If no indication is given, the country provided in form T shall be the only jurisdiction of tax residence. In this case the bank / securities company also must be notified of the corresponding TIN or the reason for the unavailable TIN, except where the individual referred to in Form T is not a Reportable Person.

Jurisdictions of tax residence (complete list)	TIN	Reason for unavailable TIN

Declaration

The Entity notes that it has to submit a form for the determination of the ultimate beneficial owner of an entity pursuant to Art. 3 para. (1) (b) SPV (form T) together with the supplementary part to this SPV-form to the bank / securities company in the event of a change in the information provided in this supplementary part within 90 days or at the end of the calendar year, whichever is later.

The Entity notes that the bank / securities company may be obliged to provide information on the Entity as well as information about its business relationship(s) with the bank / securities company and the Controlling Persons of the Entity to the Fiscal Authority to be forwarded to the Tax Authority of the jurisdiction(s) of tax residence if the relevant legal and regulatory provisions are met.

The Entity confirms that the information provided in this supplementary part has been given completely and correctly to the best of its knowledge.

The Entity notes that the deliberate or negligent disclosure of false information in this supplementary part, the omission of a notification of a change in circumstances or the

indication of false information concerning changes in circumstances are penalized pursuant to Art. 29 of the AEOI Act.

By signing this form, the signatory confirms that he is authorized to represent the Entity.

Place/Date

Signature of authorized
signatory (s) of the Entity

Name of authorized
signatory (s) of the Entity in
print letters

C. Supplementary part to the form for the documentation of the distributors for discretionary entities pursuant to Art. 7a SPG and Art. 11a para. 3 SPV (form D)

The purpose of this supplementary part is to establish the tax residency of a distributor of a Passive NFE or an Investment Entity located in a Non-Participating Jurisdiction and managed by another Financial Institution.

Determination of tax relevant information

Please indicate in the table below all jurisdictions of tax residence with the corresponding tax identification number (TIN) of the individual named in form D. If no indication is given, the country provided in form D shall be the only jurisdiction of tax residence. In this case the bank / securities company also must be notified of the corresponding TIN or the reason for the unavailable TIN, except where the individual referred to in Form D is not a Reportable Person.

Jurisdictions of tax residence (complete list)	TIN	Reason for unavailable TIN

Declaration

The Entity notes that it has to submit a form for the documentation of the distributors for discretionary entities pursuant to Art. 7a SPG and Art. 11a para. 3 SPV (form D) together with the supplementary part to this SPV-form to the bank / securities company in the event of a change in the information provided in this supplementary part within 90 days or at the end of the calendar year, whichever is later.

The Entity notes that the bank / securities company may be obliged to provide information on the Entity as well as information about its business relationship(s) with the bank / securities company and the Controlling Persons of the Entity to the Fiscal Authority to be forwarded to the Tax Authority of the jurisdiction(s) of tax residence if the relevant legal and regulatory provisions are met.

The Entity confirms that the information provided in this supplementary part has been given completely and correctly to the best of its knowledge.

The Entity notes that the deliberate or negligent disclosure of false information in this supplementary part, the omission of a notification of a change in circumstances or the

indication of false information concerning changes in circumstances are penalized pursuant to Art. 29 of the AEOI Act.

By signing this form, the signatory confirms that he is authorized to represent the Entity.

Place/Date

Signature of authorized
signatory (s) of the Entity

Name of authorized
signatory (s) of the Entity in
print letters